

Fachkräftelüge:

Keine Daten zur Qualifikation von Asylsuchenden!

Von Christoph Labaj

Seit zehn Jahren erlebt unser Land eine ungebremste Masseneinwanderung – vorwiegend aus Afghanistan, Nahost und Schwarzafrika. Die rechtliche Grundlage vieler Aufenthalte ist mehr fragwürdig. Laut Artikel 16 a, Absatz 2 unseres Grundgesetzes entfällt der Asylanspruch bei Einreise aus einem sicheren Drittland. Es gibt auch keine EU-Gesetze, die unser Grundgesetz aushebeln, auch, wenn das von links-grüner Seite immer wieder behauptet wird. Dennoch wird diese Entwicklung von der Politik regelmäßig als angeblich notwendige Maßnahme gegen Fachkräftemangel verkauft. Dabei schreibt das Fachkräfteeinwanderungsgesetz klar vor: Nur wer einen anerkannten Berufsabschluss, gesicherte Deutschkenntnisse und eine eigenständige Existenzsicherung nachweisen kann, darf einreisen.

Die Realität sieht jedoch anders aus: Die überwiegende Mehrheit der Einwanderer erfüllt diese Voraussetzungen nicht. Statt der vermeintlichen Fachkräfte kommt eine Flut kulturfremder Personen ohne verwertbare Qualifikation nach Deutschland.



Sie entlasten weder den Arbeitsmarkt, noch tragen sie wirklich produktiv zur Gesellschaft bei – im Gegenteil: Sie belasten unsere Sozialkassen und damit die Steuerzahler. In den meisten Fällen ist das höchste realistische Beschäftigungsziel der Hilfsarbeiterstatus – doch Deutschland leidet nicht an einem Hilfsarbeitermangel! So bleiben Minijobs und Saisonstellen, die früher Studenten halfen, ihr Studium zu finanzieren, zunehmend Migranten vorbehalten, was anschließend als erfolgreicher Integrationsbeweis und eine Notwendigkeit auf Kosten unserer fleißigen jungen Bürger verkauft wird. Eine derartige Politik zum Selbstzweck der Verantwortlichen lehnen wir entschieden ab!

So hat die AfD-Ratsfraktion Gelsenkirchen eine konkrete Anfrage zur Qualifikation von Asylsuchenden an die Stadt Gelsenkirchen gestellt. Was dem folgte, war mehr als ernüchternd. Die Verwaltung benötigte nämlich ganze vier Monate zur Beantwortung und räumte ein, keine Daten über Bildungsabschlüsse, Sprachkenntnisse oder berufliche Qualifikationen



der betreffenden Personen zu erheben. Ebenso gäbe es keine Informationen über den Erfolg der Integrationsmaßnahmen. Das heißt, dass die Stadt weder weiß, wen sie integriert oder zu integrieren versucht, noch ob die millionenschweren Programme irgendeinen messbaren Nutzen bringen, außer für die Träger, welche davon finanziell profitieren. Dafür steht die Note 6 mit dem Vermerk: An die Kommunalaufsicht der Bezirksregierung Münster!

**Wir, die AfD-Gelsenkirchen fordern:
Schluss mit ideologischer Zuwanderungs-
politik, dafür ehrliche Transparenz, klare
Standards und konsequentes politisches
Handeln im Interesse der Stadt und ihrer
Bürger!**



**Die vollständige Anfrage des Stadtverordneten *Jan Preuß*
und ihre völlig unzureichende Antwort finden Sie hier:**



Vorlagennummer: 20-25/09289
Vorlageart: Mitteilungsvorlage
Status: öffentlich



Anfrage des Stadtverordneten Herrn Preuß

- Qualifikation von Asylsuchenden in Gelsenkirchen -

Datum: 05.05.2025
Federführung: Büro Vorstand für Arbeit und Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz
Auskunft erteilt: Herr Strud, Tel. 169 - 9679
Schlusszeichnung: Andrea Henze

Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Ausschuss für Soziales und Arbeit	14.05.2025	Kenntnisnahme

Sachverhalt:

In der Sitzung am 22.01.2025 stellte der Stadtverordnete Herr Preuß unter TOP 10.2 folgende Anfrage:

Im Rahmen kommunalpolitischer Verantwortung ist es unerlässlich, die Integrationspolitik effektiv und nachhaltig zu gestalten, um vorhandene Ressourcen in Gelsenkirchen gezielt und verantwortungsvoll zum Wohle der Gesellschaft einzusetzen.

Die AfD-Fraktion bittet daher um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hoch ist der Anteil der primären Analphabeten, also Personen, die in ihrer Muttersprache wenig oder gar nicht lesen und schreiben können, unter den Asylsuchenden in Gelsenkirchen? Sind vorliegende Zahlen wissenschaftlich oder aufgrund von Selbstauskunft der Befragten erhoben worden?
2. Wie hoch ist der Anteil der Zweitschriftlernenden, also Personen, die erst das lateinische Schriftsystem erlernen müssen, unter den Asylsuchenden in Gelsenkirchen?
3. Welche spezifischen Herausforderungen ergeben sich durch den Analphabetismus für die Integration in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft?
4. Welche Maßnahmen zur Förderung der Alphabetisierung werden für Asylsuchende aktuell angeboten, und wie hoch sind die Fehlzeiten sowie die Erfolgsquoten dieser Programme?
5. Wieviel Prozent der in Gelsenkirchen lebenden Asylsuchenden haben



das Sprachniveau a) A1, b) A2, c) B1, d) B2, e) C1, nach Abschluss der Sprachförderung?

6. Welche formalen Bildungsabschlüsse bringen die Asylsuchenden mit, und wie werden diese anerkannt oder bewertet? Basieren die Zahlen auf behördlichen, wissenschaftlichen Erhebungen oder aufgrund von Selbstauskünften der Befragten? Bitte anhand der folgenden Tabelle beantworten.

Abschluss	Anzahl	in %
keiner		
entspricht Hauptschulabschluss		
entspricht Realschulabschluss		
entspricht Realschulabschluss mit Qualifikation		
entspricht Abitur		
entspricht Studium		
entspricht Promotion		

7. Welche beruflichen Qualifikationen und Ausbildungen haben die Asylsuchenden vor ihrer Ankunft erworben, und inwiefern sind diese für den deutschen Arbeitsmarkt anerkannt und relevant? Bitte anhand der Tabelle beantworten.

Berufsfeld	Anzahl	in %
Bau, Architektur, Vermessung		
Dienstleistung		
Elektro		
Gesundheit		
IT, Computer		
Kunst, Kultur, Gestaltung		
Landwirtschaft, Natur, Umwelt		
Medien		
Metall, Maschinenbau		
Naturwissenschaften		
Produktion, Fertigung		
Soziales, Pädagogik		
Technik, Technologiefelder		
Verkehr, Logistik		
Wirtschaft, Verwaltung		

8. Welche Maßnahmen zur Förderung der Weiterbildung werden für Asylsuchende aktuell angeboten, und wie hoch sind die Erfolgsquoten dieser Programme?

9. Welche spezifischen Probleme oder Hindernisse wurden bei der Umsetzung dieser Maßnahmen festgestellt?

10. Wie werden die Wirksamkeit und die Kosten-Nutzen-



Relation dieser Integrationsmaßnahmen bewertet?

11. Welche Gesamtkosten fallen jährlich für die Qualifizierungs- und Bildungsmaßnahmen für Asylsuchende an?

Stellungnahme der Verwaltung:

Zu 1.-11.:

Es liegen keine Daten zu den gestellten Fragen vor. Diese wurden bislang nicht erhoben, da es keinen gesetzlichen Auftrag gibt.

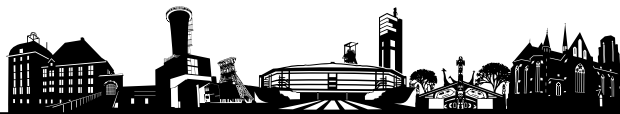
Asylsuchende stehen in der Regel für die Dauer des Asylverfahrens dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung. Sofern eine Aufenthaltsgenehmigung mit einer Arbeitserlaubnis erteilt wird, wechseln diese Personen den Rechtskreis und werden von der Arbeitsverwaltung der Bundesagentur für Arbeit oder des Jobcenters betreut.

Mit der Neuregelung des § 5 AsylbLG (Arbeitsgelegenheiten) können Asylsuchende nun zur Teilnahme an Arbeitsgelegenheiten verpflichtet werden.

Zur Akquise von geeigneten Personen werden zukünftig Qualifizierungsdaten erhoben, um vorhandene Plätze für Arbeitsgelegenheiten bestmöglich zu besetzen.

Anlage/n:

Keine



Frau Faeser und die freie Meinungsäußerung

Von Enxhi Seli-Zacharias

Am vorletzten Arbeitstag der vormaligen Innenministerin Nancy Faeser ließ diese noch schnell die AfD als angeblich „gesichert rechtsextremistisch“ einstufen, resultierend aus einer angeblich unabhängigen Untersuchung des angeblich unabhängigen Bundesamts für Verfassungsschutz, bei dem es sich in Wahrheit vielmehr um eine weisungsgebundene Behörde handelt, die bis vor kurzem einer Innenministerin unterstellt war, die in ihren knapp 4 Jahren scheinbar nur ein Ziel hatte: die Bekämpfung der AfD – koste es, was es wolle.

Das Gutachten wollte man derweil geheim halten. Anklage und Urteilspruch ohne Anklageschrift also. Wer hier jetzt Parallelen zu anderen Staaten zieht, läuft übrigens bereits Gefahr beim nächsten Mal selbst im Bericht aufzutauchen. Allzu geheim war der Bericht dann aber doch nicht. Auf wunderbare Art und Weise gelang der als Verschlussache eingestufte Bericht nämlich an die Presse und über diesen Weg dann auch an die Öffentlichkeit.

Und siehe da: auch ich habe es an gleich sieben Stellen in das 1.100-seitige Gutachten ge-

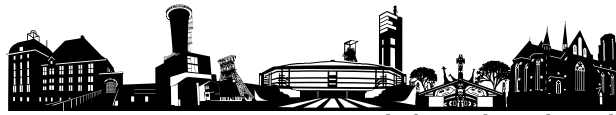
schaft. Von seriöser Geheimdienstarbeit fehlt hier übrigens jede Spur. Das sogenannte Gutachten besteht aus einer Ansammlung von öffentlich zugänglichen Zitaten, von Plattformen wie Facebook, X oder Telegramm oder auch aus Mitschnitten öffentlicher Reden. Gut organisierte Geheimdienste wie der Mossad oder die CIA würden es nicht einmal wagen eine derart stümperhafte Arbeit abzuliefern.

Nicht strafbare legitime Meinungsäußerungen werden hier – wie auch in meinem Fall – kriminalisiert. In allen nachfolgend genannten Zitaten soll ich angeblich gegen die Menschenwürde verstoßen haben. Grundrechte wie die Menschenwürde wurden allerdings – das sollte als Juristin auch Frau Faeser wissen – als Abwehrrechte gegen den Staat konzipiert, nicht aber wie Frau Faeser ggf. meint als Tugendkatalog mit Benimm- und Rederegel für den Bürger.

Am 27.12.2022 sagte ich in einem Interview: »[I]m Kern spricht man nicht an, dass wir eine Gewaltfantasie in einigen Kulturen haben, die durch das Messer [...] unterstrichen wird. Darüber reden wir nicht offen.« Die Statistik ist hier leider eindeutig, auch wenn es nicht jedem passt.

Ähnlich realitätsfremd ist dann die Aufnahme der folgenden Analyse in das Gutachten: »





Enxhi Seli-Zacharias (MdL NW) stellte in einem Facebook-Beitrag der Fraktion vom 23. Juni 2022 den „Umgang mit Testosteron“ in einen Zusammenhang zur ethnischen Herkunft:

„++ Urlaub? Fremde Kulturen trifft man doch auch im Freibad ++ Früher musste man als Deutscher nach Nordafrika fliegen, um zu erleben, wie ungezwungen Männer dort mit ihrem Testosteron umgehen. Und um zu bestaunen, wie anders patriarchalische Strukturen das Verständnis von Männlichkeit prägen, bereiste man neugierig den arabischen Raum. ‚Heute reicht dafür ein Besuch im nächsten Freibad‘, kommentiert unsere integrationspolitische Sprecherin, Enxhi Seli-Zacharias, in Anbetracht der jüngsten Freiluft-Massenschlägerei unter rund einhundert ‚jungen Männern‘ in Berlin. ‚Die Deutschen haben zwar nicht danach verlangt, diese Kulturkreise in Scharen in ihr Land zu holen, aber, wie sagte es Merkel doch gleich? Jetzt sind sie halt da.‘“¹³⁵

Seli-Zacharias instrumentalisiert Ausschreitungen in deutschen Schwimmbädern, um Menschen mit arabischem oder nordafrikanischem Hintergrund kollektiv eine primitive, rückständige und gewalttätige Machokultur zuzuschreiben.

Quelle: VS-Gutachten S. 390

Ich schenke Frau Faeser gerne eine Dauerkarte für eine Berliner Freibad ihrer Wahl, damit sie sich ein eigenes Bild machen kann. Wer übrigens wissen möchte wie es früher einmal im Freibad zugeht, der möge seine Eltern oder – noch besser Großeltern – befragen.

Schließlich schafften es dann sogar eine von mir geteilte satirische Karikatur ins Gutachten: Auf einem Bild sitzen 3 Mädchen, eins davon mit Vollverschleierung. »Kind 1 sagt: „Mein Vater sagt, der Klimawandel wird weiter fortschreiten.“ Kind 2 sagt: „Mein Vater sagt, die Pandemie wird uns noch lange beschäftigen.“ Kind 3 (mit Vollverschleierung) sagt: „Mein Vater sagt, dass das bald euer geringstes Problem sein wird“.

Der einzige Verstoß gegen die Menschenwürde besteht hier in der Instrumentalisierung des kleinen Mädchens als Objekt der Begierde, nicht aber in der Kritik daran. Angeblich würde die Karikatur verdeut-

lichen, dass der Islam der Selbstbestimmung der Frau entgegenstehe. Diese kühne „Annahme“ ist bei dieser Episode eigentlich die größte Karikatur und beleidigt – gesichert – die Intelligenz der Leser dieses Gutachtens.

Geradezu verstörend ist es aber, dass meine Reaktion auf die Ermordung eines Kleinkinds in Aschaffenburg im Gutachten angeprangert wurde – als angeblich fremden- und minderheitenfeindlich – und die eigentliche Tat zugleich unberücksichtigt blieb. So äußerte ich: »Schon wieder Messertote. Schon wieder ein afghanischer Täter. Und schon wieder stirbt ein Kind. Wann rafft es der letzte Horst, dass die unzivilisierten #Messermörder fast ausnahmslos aus arabischen Ländern importiert wurden?« Leider wurde dem Leser nicht mitgeteilt, worin hier das Problem besteht. Vermutlich geht es um den „Horst“, der sich von einer gebürtigen Albanerin entmannt fühlt.

Wie humorlos der Verfassungsschutz agiert, zeigte sich auch in meiner Reaktion auf eine Aussage der Berliner Staatssekretärin Sawsan Chebli („Vor allem der 3. und 4. Generation sage ich: dieses Land ist auch Euer Land. Kämpft dafür. Demographie wird Fakten schaffen“) Hierzu kommentierte ich – sicherlich im Sinne der mittlerweile ex-Staatssekretärin – „Sassan Kabul meint damit den Geburten-Dschihad“.

Völlig unbemerkt blieb es dem Verfassungsschutz offenbar, dass Chebli hier zwischen Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund unterscheidet. Letztere sollen viele Kinder bekommen und biologische Fakten schaffen. Was also meint sie, wenn nicht einen – provokativ formulierten – Geburten-Dschihad? Höchste Zeit also Frau Kabul – äh pardon Chebli – mal unter die Lupe zu nehmen. Frau Faeser, bitte übernehmen Sie.



„Freiluft-WC“ Gelsenkirchen Hauptbahnhof?

Von Friedhelm Rikowski

„Geschäftspartner, die mit der Bahn anreisen, erwarte ich grundsätzlich am Essener Hauptbahnhof“.

Das waren die einleitenden Worte des Inhabers eines bekannten mittelständischen Unternehmens aus der Neustadt.

Wir hatten uns zu einem Gedankenaustausch über wirtschaftliche Rahmenbedingungen Gelsenkirchens verabredet, da zu meinen politischen Interessengebieten im Rat der Stadt Gelsenkirchen die Wirtschaftspolitik gehört.

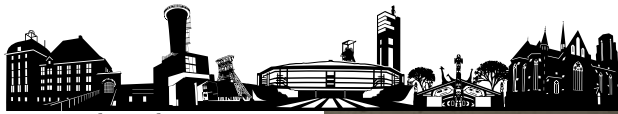


Ort des Treffens war ein Eiscafe in Bahnhofsnähe.

Mein Gegenüber hatte diesen Ort bewusst gewählt, „um etwas los zu werden“. Er kam schnell zur Sache und zeigte sich entrüstet über den aus seiner Sicht teilweise unzumutbaren Zustand des Bahnhofsgeländes im puncto Ordnung und Sauberkeit.

Nach unserem Gespräch bestand der Neustädter darauf, mit mir den Fußweg zwischen Taxistand und Hauptpost gemeinsam zu begehen. Bereits in Höhe der Abfallcontainer schlug uns penetranter Geruch menschlicher





Exkremente entgegen. Eine Ratte huschte vor uns über das Pflaster Richtung Parkhaus. Der Boden neben dem Parkhaus war matschig und von menschlichen Hinterlassenschaften durchtränkt. Eine leere Schnapsflasche befand sich auf einem Abfallbehälter.

Am Ende des ca. 40 Meter langen Pfades soll ein mit Sprühfarbe unkenntlich „verziertes“ Schild dem Besucher den Weg zum Hauptbahnhof weisen.

Als regelmäßig Bahnreisendem ist mir bisher noch kein dermaßen abgehangenes Bahnhofsareal begegnet. Alle Verantwortlichen müssen endlich schnelle Abhilfe schaffen. Insbesondere das Management des Bahnhofscenters und den Parkhauseigentümer sehe ich hier in der Verantwortung. Gute und angenehme Verkehrsverbindungen sind Grundvoraussetzung einer erfolgreichen Wirtschaftsförderung.

